

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Manfred Eibl

Abg. Uli Henkel

Abg. Albert Duin

Staatssekretär Roland Weigert

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur weiteren Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Diana Stachowitz u. a. und Fraktion (SPD)

Transformationsbündnis der Automobil- und Zulieferindustrie in Bayern einsetzen - Konzepte für sozial ausgewogene Gestaltung des Strukturwandels umgehend umsetzen (Drs. 18/10272)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Diana Stachowitz das Wort.

Diana Stachowitz (SPD): Geschätztes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die wirklich dringliche Angelegenheit, dass in Bayern im September allein von drei Unternehmen der Automobilindustrie und der Zulieferer angekündigt worden ist, dass hier Arbeitsplätze in Gefahr sind. Allein in Bayern handelt es sich um 6.000 Arbeitsplätze. Das können wir nicht zulassen. Das ist eine Gefahr für die Familien. Das ist eine Gefahr für die Regionen, und deswegen ist es so dringlich, dass wir handeln.

Ich weiß, dass es viele Foren gibt und ganz viel diskutiert worden ist. Heute gab es auch die Beiträge vom Staatssekretär und von der CSU. Man ist mit den Unternehmern im Gespräch. Ich sage es noch mal hier an die rechte Seite gewandt: Es wird immer wieder zukunftsorientiert gedacht, aber es passiert nichts.

Die Unternehmen haben die Arbeitsplätze hier nicht gesichert, sondern sie verlagern sie. Sie bleiben nicht hier, weil sie nicht die entsprechende Unterstützung bekommen. Vielleicht ist es da einfach ratsam, einmal die Mitarbeiter – das heißt die Betriebsräte – mit an den Tisch zu holen. Wer weiß denn besser als die direkt vor Ort arbeitenden Mitarbeiter, wie ein Unternehmen zukünftige Arbeitsplätze gestalten kann? Das ist ein verschenktes Potenzial.

Wir haben mit den Betriebsräten gesprochen. Wir sind mit ihnen im Gespräch, und von dort kommen hervorragende Vorschläge. Leider werden sie aber nicht aufgegriffen.

(Beifall bei der SPD)

Den Unternehmen geht es in erster Linie darum, ihre Bilanz einfach mal vierteljährlich gut auszuschütten. Das kann nicht unser Ziel sein. Die Unternehmen müssen auch verpflichtet sein, langfristig zu denken, um die Arbeitsplätze zu sichern.

Es geht um Industriearbeitsplätze. Daher ist es so entscheidend, dass wir die ganze Industrie weiterentwickeln. Ich möchte nur einmal daran erinnern, wie es mit der Porzellan- und der Stoffindustrie in Bayern war. Man hat Regionen in die Armut gestürzt, weil man nicht rechtzeitig die Arbeitsplätze zukunftssträchtig weiterentwickelt hat. Das darf nicht sein.

Deswegen sage ich: In Autoforen und sonstigen Runden ist genug diskutiert worden. Nun muss endlich gehandelt werden, und zwar bitte auf Augenhöhe mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es wird ein Transformationsbündnis benötigt, das den Strukturwandel schrittweise praktisch begleitet. Wir brauchen insbesondere einen Innovationsfonds. Damit ist die Unterstützung wirklich daran gebunden, dass die Arbeitsplätze hier vor Ort bleiben.

Auch wenn wir um die Schwierigkeiten wissen, wird von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von den Betriebsräten trotzdem im Strukturwandel sehr wohl die Chance auf andere Arbeitsplätze und darauf, dass wir die Industriearbeitsplätze hier halten können, gesehen.

Wir wissen, dass sich Herr Aiwanger auf jeden Fall noch nicht mit den Betriebsräten getroffen hat

(Zuruf)

und andere auch nicht. In einem Transformationsbündnis gehören sie gleichberechtigt mit an den Tisch. Geredet ist genug. Ihrem Koalitionsfreund, Herrn Altmaier, kann ich nur raten, endlich das Geld auszugeben, das ihm zur Verfügung steht. Ich glaube, das sollten Sie als Erstes angehen, da damit in diesem Punkt schon viel gewonnen wäre.

Unser Arbeitsminister von der SPD, Hubertus Heil, hat sehr wohl gehandelt und mit dem Qualifizierungschancengesetz und dem Aufstiegs-BAföG dafür gesorgt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter qualifiziert sind und wirklich für die zukünftigen Arbeitsplätze vorbereitet sind.

Deswegen wiederhole ich: Kommen Sie bitte endlich in die Umsetzung. Machen Sie alles, aber immer unter der Bedingung, dass die Unternehmer hierbleiben, dass sie die Arbeitsplätze hierbehalten; denn wir brauchen sie hier in Bayern. Unsere Regionen brauchen sie hier in Bayern. Wir haben das an der Automobilindustrie aufgeschlüsselt. Wir können nur sagen, es lohnt sich. Wir brauchen die Arbeitsplätze, insbesondere die Industriearbeitsplätze. Das ist das, wovon Bayern wirklich lebt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Stachowitz. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Sandro Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen nicht weit auszuholen. Feinstaub, Corona, Ideologie, Einseitigkeit und manchmal auch Einfältigkeit haben dazu beigetragen, dass der Absatz, dass die Nachfrage für eine unserer wichtigsten Leitbranchen eingebrochen ist. Damit ist die Automobilbranche angezählt. Die jüngste ifo-Konjunkturumfrage hat treffend zusammengefasst: Die Lage war katastrophal, später dann grottenschlecht, und jetzt ist sie nur noch schlecht. – Die Konsequenz ist spürbar. Wie schon richtig angesprochen worden ist, haben namhafte Marken wie Audi, MAN, Bosch, Schaeffler und viele, viele kleine Unternehmen und Zulieferer Stellenabbau angekündigt. Es ist noch Schlimmeres zu befürchten, wenn die Kurzarbeit ausläuft und vielleicht das Insolvenzrecht wieder in Kraft tritt.

Ausgerechnet jetzt kommt der SPD-Antrag. Die SPD kommt aus der Reserve. Frau Stachowitz, eines möchte ich schon sagen: Sie haben schon ganz, ganz lange nicht

mehr mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten gesprochen. Ein Bündnis in der Form, wie Sie es angesprochen haben, gibt es nämlich schon längst. Es gibt das Zukunftsforum Automobil, bei dem Unternehmen, Verbände, Politik und eben auch die Arbeitnehmervertreter an einem Tisch sitzen. In der Präambel ist ganz klar definiert, dass man den Schulterschluss sucht, sich intensiv abstimmt, die Mobilität multimodal begleiten möchte, umwelt- und klimaverträglich sein möchte und hoch digitalisiert die Technologieführerschaft in diesem Segment zurückholen möchte.

Dieser Zusammenschluss ist nicht nur für die großen Hersteller und Zulieferer gedacht, sondern gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen, um ihre Entwicklung zu unterstützen und ihnen eine Perspektive für Innovationen zu geben und natürlich auch, damit sie sich entfalten können. Auch da ist definiert, dass der Einsatz technologieoffen sein soll, so wie wir das vorhin gehört haben, damit alle Mobilitätsformen im Einklang stehen. Das Ziel ist, eine nachhaltige und digitale Zukunft zu gestalten, Beschäftigte zu qualifizieren und zukunftssichere Arbeitsplätze am bayerischen Standort zu generieren, zur Verfügung zu stellen. Auch da haben wir im Fokus wieder die kleinen und die mittleren Betriebe. Dabei geht es um den Erhalt von Beschäftigung und Wertschöpfung; es geht um die Erschließung neuer Geschäftsfelder und natürlich auch um Arbeitsplätze. Qualifizierungschancen sind damit auch verbunden. Bis 2023 sollen in diesem Bereich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter qualifiziert werden.

Auch die Gelder für Investitionen, die Sie angesprochen haben, sind schon zur Verfügung gestellt, Vieles – darauf möchte ich gar nicht eingehen – im Rahmen der High-tech Agenda. Über 300 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten gibt es über die LfA Förderbank. 400 Millionen Euro stehen gerade für kleine Zulieferer bereit, um diese Transformation zu begleiten. Auch viele andere Programme stehen hier zur Verfügung. Sie alle haben das Ziel, Finanzierungshilfen für die Transformation bereitzustellen, Zukunftstechnologien zu entwickeln und die Fahrzeugtechnologie von morgen hier in Deutschland, in Bayern präsent zu haben. Es geht um eine Qualifizierungsoffensive für die Beschäftigten und eben auch

darum, eine Infrastruktur für die Mobilität der Zukunft zu schaffen. Bayern hat dieses Bündnis auf den Weg gebracht. Bayern hat dieses Netzwerk aufgebaut. Der Freistaat hat einen Blumenstrauß von Rahmenbedingungen geschaffen, die jetzt sukzessive in Anspruch genommen werden können und gerade kleinen Unternehmen helfen, die Automobilbranche zu flankieren.

Ich stelle hier ganz klar fest: Bayern kümmert sich, und Bayern ist proaktiv. Sie haben das Bundeswirtschaftsministerium in Ihrem Antrag angesprochen. Dort wurde ganz klar ein Konjunktur- und ein Krisenbewältigungspaket auf den Weg gebracht, und zwar unter anderem durch Bundesminister Altmaier. Themen sind Kurzarbeit, Überbrückungshilfen, Innovationskredite. Dort ist auch ein Zukunftspakt beschlossen worden, um OEM – Original Equipment Manufacturer – und Zulieferer, aber auch Innovationen für Forschung, Entwicklung und Mobilität voranzubringen. Also, auch das Bundeswirtschaftsministerium ist aktiv, und der Freistaat Bayern mit seinem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister sind dort präsent, um die Dinge zu klären.

Wenn der Karren jetzt festsitzt, dann stelle ich fest: Der Bayerische Ministerpräsident krepelt die Ärmel hoch, die Hersteller krepeln die Ärmel hoch, die Zulieferer krepeln die Ärmel hoch, und auch die Arbeitnehmer, gerade die Arbeitnehmer, krepeln die Ärmel hoch, während die SPD daneben sitzt und sagt: Oh, wir müssen etwas tun. – Wenn Sie der Automobilbranche wirklich helfen wollen, dann unterstützen Sie unseren Ministerpräsidenten bei den Verhandlungen auf Bundesebene. Da könnten Sie nämlich mit wenigen Maßnahmen ad hoc die Nachfrage steigern, Impulse für die Zulieferer geben und Eigenkapital beschaffen, damit diese die Transformation selbst bestimmen und begleiten können. Ich bin schon der Meinung, dass die SPD gerade bei diesen wichtigen Gesprächen auf Bundesebene die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Stich lässt; die Partei träge ist. Wenn Sie etwas erreichen wollen, dann versuchen Sie, Frau Esken, Herrn Walter-Borjans oder Ihrem Finanzminister Olaf Scholz, die die Verhinderer sind, Impulse zu geben. Dann haben Sie etwas für die bayerische Automobilbranche und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getan.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kirchner. – Es liegt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stachowitz von der SPD-Fraktion vor.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Kirchner, herzlichen Dank dafür, dass auch Sie erkannt haben, dass wir mit den Gewerkschaften in gutem Kontakt sind, auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Vielen Dank, dass Sie uns auffordern, Herrn Söder zu unterstützen, damit er sich endlich gegen den CDU-Wirtschaftsminister durchsetzen kann, damit die Gelder, die zur Verfügung stehen und für welche die SPD gekämpft hat, jetzt auch wirklich genutzt werden. Sehr großzügig!

Das andere ist: Wir haben eine Anfrage gestellt, und darin steht, dass Sie sich nicht mit den Gewerkschaften in dem Forum getroffen haben. Die andere Frage ist, nachdem jetzt wahrscheinlich 6.000 Leute entlassen werden: Wenn Sie schon seit Jahren dran sind, warum konnte denn das passieren? Was machen Sie jetzt ganz konkret für die Familien, die mit dem Verlust des Arbeitsplatzes in der Region weiter existieren müssen?

Sandro Kirchner (CSU): Frau Stachowitz, vielen Dank. Ich möchte Sie korrigieren. Sie haben vorhin anscheinend nicht richtig zugehört. Ich habe festgestellt, dass die SPD schon sehr, sehr lange nicht mehr mit den Betriebsräten und den Gewerkschaftern gesprochen hat. Sie können jetzt nicht sagen, dass ich das Gegenteil behauptet habe. Sie reden einfach nicht mit diesen Leuten.

(Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Der Freistaat Bayern hat dieses Problem sehr aktiv aufgenommen. Wenn Sie die verschiedenen Protokolle und Unterlagen anschauen, stellen Sie fest, dass bei diesem Zukunftsforum ganz klar auch die IG Metall mit am Tisch gewesen ist. Ich weiß nicht, ob Sie die mittlerweile schon aus dem Gewerkschaftskatalog herausgestrichen haben.

Das bestätigt nur meine erste These, dass Sie nämlich nicht mehr an Ihrer Basis sind und nicht mehr die Belange der Menschen vertreten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kirchner. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Kürzungspläne der deutschen Automobilindustrie in den letzten Wochen lesen sich wirklich schrecklich. Sie sind schrecklich für die Arbeitnehmer*innen und die Unternehmen. Die Gespräche und Besuche zum Beispiel bei BMW und MAN in der letzten Zeit zeigen: Die Technologie für eine vernetzte und nachhaltige Mobilität gibt es bereits. Die Lieferfähigkeit ist aber leider erst im Aufbau begriffen. Das geht ganz klar zulasten der Arbeitnehmer*innen.

Damit die Umstellung kontinuierlich weitergehen kann, sind verbindliche Rahmenbedingungen und auch klare Forderungen hinsichtlich der sozialen Ausgestaltung des Strukturwandels unbedingt notwendig. Die Automobil- und Zulieferindustrie muss endlich planen und ihre Produktion entsprechend umstellen können. Das ist für den Erhalt der Arbeitsplätze und für das Verbleiben der Wertschöpfungskette bei uns vor Ort enorm wichtig; denn gerade die Zulieferindustrie leidet sowieso schon seit vielen Jahren unter dem enormen Kostendruck der Hersteller. Bei der anstehenden Transformation gilt es, auch die Zulieferbetriebe, die für die Automobilindustrie produzieren, in den Blick zu nehmen, und zwar nicht nur die Erstzulieferer, sondern die vielen kleinen und mittelständischen Betriebe in der zweiten und dritten Lieferkette, die als verlängerte Werkbank handeln.

Die Zukunftsfähigkeit der Fahrzeugbranche hängt in erster Linie an ihrer Innovationskraft. Das größte Kapital in jedem Unternehmen sind die Menschen, ihr Know-how und ihre Kompetenzen. Diese Kompetenzen reichen von der Montage und der Fertigung bis hin zur Entwicklung der Konstruktion und zur Ideenfindung. Zusammen mit diesen

Beschäftigten muss erarbeitet werden, welche zukunftsfähigen Produkte mit den vorhandenen Kompetenzen vor Ort hier bei uns produziert werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Produktionsumstellungen sind möglich. Das hat sich auch in Corona-Zeiten bewiesen, als ein Autositzhersteller plötzlich Masken produziert hat. Wir können das; unsere Mittelständler sind dazu in der Lage. Wir GRÜNE schlagen einen bayerischen ökologischen Transformationsfonds mit einem Startkapital von 300 Millionen Euro vor, gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, damit sie in die neuen Zukunftstechnologien gehen können.

In dem Antrag der SPD geht es um einen Innovationsfonds. Mir ist es egal, wie wir ihn nennen, Hauptsache, wir tun es überhaupt; denn die kleinen und mittleren Zulieferer brauchen den Fonds ganz besonders dringend; um die Großen kümmert man sich mehr als um die Kleinen. Wir wollen die kleinen und mittelständischen Zulieferbetriebe und Unternehmen dabei unterstützen, sich in den zukünftigen Technologien zu etablieren.

Umweltfreundliche Technologien, die Emissionen reduzieren, bieten einer aktuellen Studie des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau zufolge milliardenschwere Geschäftsperspektiven für den Maschinen- und Anlagenbau. So stärken wir den Standort Bayern nachhaltig – für die Arbeitnehmer*innen und die Unternehmen. Deswegen stimmen wir dem Antrag der SPD-Fraktion zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Fuchs. – Für die FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Manfred Eibl das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist unbestritten: Die Automobilbranche steht vor sehr großen Herausforderungen. Wir wissen, dass Bayern ein Automobilland ist. Wir müssen registrieren, dass die Au-

tomobilproduzenten mit ihren Zulieferern und Werkstätten unser wichtigster Industriezweig sind. Der wirtschaftliche Aufstieg Bayerns ist eng mit der Entwicklung der Automobilindustrie verbunden. Gerade die ländlichen Räume haben hiervon exorbitant profitiert. Wir müssen aber auch sehen, dass es auf den wesentlichen Hauptmärkten der Automobil- und Zulieferindustrie nach derzeit vorliegenden Prognosen noch mehrere Jahre dauern wird, bis das Vorjahresniveau wieder erreicht sein wird.

Die Veränderungsprozesse sind breit gestreut und haben auch die bayerische Industrie sehr nachhaltig erfasst. Die gute Nachricht ist: Bayern hat eine gute Ausgangsposition, wie auch die Studie der vbw ganz klar ermittelt hat.

Doch eines möchte ich hier ganz deutlich sagen: Wir in Bayern können uns noch so strecken; wenn wir es nicht schaffen, dass in der EU und vor allem im Bund steuerrechtliche Chancengleichheit für die Unternehmen in Bayern geschaffen wird, wird es nicht gehen.

Die Branche steht vor vielfältigen Herausforderungen; ich mag sie im Einzelnen gar nicht aufzählen. Doch dominierende Herausforderungen sind vor allem der Klimaschutz und der damit getriebene Wechsel zu alternativen Antriebstechnologien, die Digitalisierung bedingt durch Veränderungsprozesse in der automatisierten und vernetzten Fahrtätigkeit, neue Mobilitätskonzepte, aber auch neue Player außerhalb der Automobilindustrie.

Sie fordern einen Innovationsfonds. Wie schon von meinem Kollegen Kirchner angeführt, gibt es umfangreiche Fördermöglichkeiten: Finanzierungshilfen für den Transformationsprozess, Transformationsfonds, Sonderprogramm Transformation in Bayern, Darlehensangebote der LfA Förderbank und, und, und.

Sie fordern die Einrichtung eines Transformationsbündnisses. Wie schon ausgeführt: Es gibt ein Zukunftsforum Automobil zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Automobilwirtschaft; das ist breit aufgestellt in fünf aktiven Arbeitsgruppen. Arbeitsgruppe 1: Alternative Antriebstechnologien; Arbeitsgruppe 2: Digitalisie-

Arbeitsgruppe 3: Transformation des Kfz-Gewerbes und der Mittelständler sowie ihrer Zulieferer; Arbeitsgruppe 4: Moderne Verkehrskonzepte; Arbeitsgruppe 5: Hier stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen in der Automobilindustrie voll im Mittelpunkt. Wir alle wissen, dass Qualifizierung eines der entscheidenden Kriterien für die Zukunft sein kann.

Nur mit gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten können wir die Herausforderungen stemmen, meine Damen und Herren. Wir möchten nämlich zielgerichtet in den Arbeitsgruppen im Automobilforum aktiv sein. Aus diesem Grund können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. – Ich kann nicht mehr weiterreden, tut mir leid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Wortmeldung zur Zwischenbemerkung vor – Herr Eibl, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon – von Frau Kollegin Diana Stachowitz von der SPD.

Diana Stachowitz (SPD): Ich weiß das mit dem Arbeitskreis. Es ist wahrscheinlich in jeder Partei ähnlich: Wenn ich nicht weiterweiß, mach ich einen Arbeitskreis.

Mir und uns geht es – das ist ganz deutlich auch im Antrag dargestellt – ums Handeln. Es geht um 6.000 Arbeitsplätze allein in diesem Segment. Sie haben die Begründungen ausgeführt. Was tun Sie konkret mit den Sachen, die vorhanden sind? Es wird nichts konkret gemacht, sondern Sie ziehen sich zurück auf eine Arbeit über Jahre, bei der am Ende wieder herauskommt, dass 6.000 Arbeitsplätze gestrichen werden. Das kann doch nicht das Ziel gewesen sein. Von daher stehen Sie sehr wohl in der Verantwortung. Anscheinend reichen die vorhandenen Maßnahmen nicht aus.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sie dürfen sich dessen versichert sein, verehrte Kollegin, dass seitens des Freistaates, seitens der Staatsregierung, vor allem des Wirtschaftsministeriums, alles versucht wird, in einem breit angelegten Prozess alles Mögliche zu tun, um so viele Arbeitsplätze wie möglich zu retten.

Es ist ein umfänglicher Prozess, der breit aufgestellt ist. Aber mehr, als wir jetzt tun, ist fast nicht mehr möglich.

(Diana Stachowitz (SPD): In 6.000 Familien gehen die Arbeitsplätze verloren!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Eibl. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Henkel das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Mit ihrem Antrag räumt die SPD in entlarvender Weise ein, dass der vehement vorangetriebene Strukturwandel, oder besser gesagt: ökosozialistische Strukturbruch, unsere bayerische Schlüsselindustrie zerstören kann.

Sie haben absolut recht: Zigtausende hoch qualifizierte bayerische Arbeitnehmer werden deswegen wohl ihre Arbeit verlieren. Nur darf ich Sie korrigieren: Es handelt sich nicht etwa um 6.000 Arbeitsplätze, sondern wie das ifo Institut berechnet hat, kann die planwirtschaftlich-sozialistische und ökoforcierte Elektromobilität allein in der deutschen Automobilindustrie am Ende über drei Millionen gut bezahlte Jobs vernichten.

Das zeigt wieder, dass Ihre Agenda nicht wissenschaftlich fundiert, sondern blinder dogmatischer Dirigismus ist. Es ist eine Schande zu sehen, dass die SPD als ehemalige Arbeiterpartei mit ihrer Bestimmungswut, mit ihren arbiträren und nicht wissenschaftlich fundierten CO₂-Grenzwerten und ihrer planwirtschaftlichen Antiindustriepolitik insgesamt Mitschuld trägt an dem schon absehbaren Verlust bayerischer und deutscher Arbeitsplätze.

Noch abstruser aber ist es zu sehen, dass Sie doch tatsächlich glauben, mit noch mehr staatlichen Subventionen dauerhaft neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Sie werden die alten Arbeitsplätze vernichten, ohne vergleichbare neue zu schaffen.

Viel zu sehr atmet der heutige Antrag wieder einmal den Geist der sozialdemokratischen Mottenkiste, sind da zu sehen zum einen Ihr Hang zum staatlichen Dirigismus und zum anderen Ihre Neigung, eigene Fehler und auch das Versagen einzelner Unternehmen durch Geld des Steuerzahlers zu kompensieren.

Nach siebzig Jahren erfolgreicher sozialer Marktwirtschaft und dreißig Jahren Deutsche Einheit sollten Sie mittlerweile gelernt haben, dass der Staat nur Schiedsrichter, jedoch kein Spieler in der Industriepolitik sein kann und darf. Wenn Sie etwas für die angeschlagene Automobil- und Zulieferindustrie tun wollen, dann hören Sie doch ganz einfach damit auf, diese permanent durch die Beförderung der Klimahysterie, die Unterstützung immer neuer Grenzwerte, durch Auflagen und generell automobilfeindliche Regelungen zu gängeln und damit zu sabotieren.

Unsere einheimischen Unternehmen sind stark und wettbewerbsfähig; sie brauchen keine Almosen des Steuerzahlers, aber eben auch keine vergoldeten planwirtschaftlichen Ketten der SPD, sondern unternehmerische Freiheit und politischen Rückhalt. Dabei ist entscheidend, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen technologieneutral, zugleich aber auch auf marktwirtschaftlicher Basis festgelegt werden. Die Forschung und deren Förderung durch den Staat muss insoweit also unabdingbar technologieoffen sein. Dies ist aber leider, trotz einiger weniger glaubhafter Lippenbekenntnisse, nicht Ihre Intention.

Für solch einen politischen Kurs steht nur die AfD mit ihrem Antrag "Ja zum Verbrennungsmotor". Den planwirtschaftlichen Antrag der SPD

(Zurufe)

lehnen wir deshalb ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Albert Duin das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Maske auf, Maske ab. – Jetzt reden wir also über die Transformation und die Zusammenführung in der Industrie und darüber, was wir alles unternehmen können. Tatsächlich ist es doch so, dass die SPD den Arbeitsminister im Bund stellt, und eigentlich ist das doch die Adresse, an die sich das Anliegen richten müsste. Wir in Bayern tun unser Möglichstes, glaube ich, um die Industrie zusammenzuführen, um die Unternehmen zu unterstützen. Dabei hilft aber nicht unbedingt sehr viel Geld, sondern oft ist es auch die Bürokratie, die uns kaputt macht. Das macht den großen Konzernen nicht viel aus; die haben ganze Abteilungen dafür. Das große Problem sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die keine Abteilungen dafür haben.

Wir könnten noch viel weiter gehen; das geht bis ins Handwerk – Ausschreibungen, an denen die Leute schon gar nicht mehr teilnehmen, weil das dann eher an Subunternehmer über große Unternehmen geht.

Wenn wir also die ganze Zeit über diese Unternehmen reden – und ihr seid ja eigentlich die Vertreter der Arbeitnehmer und somit auch des kleinen Mittelstands, weil die alle hart arbeiten –, eure ganze Intention aber immer nur den Großkonzernen gilt – die sollen sich miteinander beschäftigen –, dann ist das doch Wahnsinn.

Wir haben jetzt schon wahnsinnig viel Geld in diese Transformation reingepumpt; es waren, wenn ich es richtig sehe, fast 500 Millionen Euro allein aus Bayern. Mehr ist einfach nicht drin. Jetzt müssen wir Pläne ausfindig machen, die nicht unbedingt mit Geld zu tun haben, sondern durch die die Leute tatsächlich von Bürokratie entlastet werden – und von dem absoluten Wahnsinn, den wir immer von diesen Leuten fordern.

Damit kommen wir wieder zum vorherigen Thema, nämlich zu der einseitigen Ausrichtung auf das Elektroauto, die ja von den Grünen bis zum letzten Jahr als die einzig wahre Möglichkeit gesehen wurde; bis zum letzten Jahr galt Wasserstoff null bei den Grünen und hatte überhaupt keine Bedeutung gehabt; es ging nur um Elektro. Damals

war nur Elektro angesagt – "Es gibt nichts anderes als Elektro". Aber es gibt mittlerweile sehr viel mehr Möglichkeiten.

Wenn ich sehe, was beim Wasserstoff geforscht wird: Da sind wir echt klasse.

(Zuruf)

Ich habe schon angeregt, dass die FDP-Fraktionen aus allen Länderparlamenten sich einmal die einzelnen Wasserstoff-Forschungszentren in den einzelnen Bundesländern anschauen. Denn ich glaube, da gibt es eine Menge an Reibungsverlusten, weil alle etwas doppelt erfinden und erzeugen. Da könnte man viel mehr machen. Aber, wie gesagt, das muss über den Bund gehen. Wir in Bayern sind wirklich gut aufgestellt.

Ihr wisst, ich arbeite im Mittelstand, ich bin auch Automobilzulieferant – Gott sei Dank habe ich nichts mit Verbrennungsmotoren zu tun, sondern nur mit der Sensorik, und die bleibt erhalten. Aber das zu feiern, das werde ich mich nicht trauen. Denn mir tun die Leute leid, die heute ihren Arbeitsplatz verlieren, weil wir rein ideologischen Strömungen gefolgt sind. – Ich danke euch und wünsche euch was.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Weigert das Wort.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Stachowitz, Ihr Dringlichkeitsantrag in Ehren – er betrifft die Kern-DNA der SPD. Ich stimme dem Kollegen Arnold zu, wenn er sagt: Die SPD ist eine Grande Dame unserer Demokratie.

Aber es gibt doch noch ein paar Dinge anzumerken. Wenn wir von einem Transformationsbündnis sprechen, das Sie fordern, dann sage ich Ihnen an dieser Stelle, dass das Zukunftsforum Automobil bereits faktisch ein Transformationsbündnis ist. Dieses

faktische Transformationsbündnis arbeitet – ich bin da wirklich sehr kritisch – nach meiner innersten Überzeugung hoch erfolgreich. Bayern setzt sich damit – wir haben es vorhin schon diskutiert – für seine Leitindustrie, wie ich meine, beeindruckend und erfolgreich ein.

Die Hightech Agenda, die bereits vor Corona durch die Staatsregierung auf den Weg gebracht wurde, ist unter den heutigen Gesichtspunkten geradezu visionär gewesen. Damals haben wir bereits gezeigt, dass wir einen klaren Plan dafür haben, wohin sich die Wirtschaft entwickeln muss und wie wir unsere Arbeitsplätze sichern.

Im Übrigen: Die Hightech Agenda Plus, für die wir jetzt noch einmal 900 Millionen Euro nachgeschoben haben – das ist der richtige Weg. Denn dies unterstützt die Automobilwirtschaft und die Zulieferindustrie in diesem Bereich, und das ist, wie wir auch heute schon mehrfach gehört haben, der Motor der bayerischen Wirtschaft; die Branche stellt immerhin 60 % der Beschäftigten, und um die Beschäftigten geht es uns ja am Ende des Tages ganz entscheidend.

Es geht aber auch um andere Bereiche; das sei an dieser Stelle ebenfalls gesagt. Es geht nicht nur um die Automobilbranche, sondern es geht auch um einen Top-Bereich der bayerischen Wirtschaft: Es geht um die Umwelttechnologie, mit der wir weltweit gut dastehen und die ein echter Renner ist, und es geht um die keramische Industrie sowie um viele andere Bereiche.

Die Herausforderungen sind enorm. Deswegen haben wir den Schulterschluss, Frau Stachowitz, längst schon vollzogen – Sandro Kirchner hat es vorhin gesagt – mit den bayerischen Automobilherstellern, mit der vbw, mit der IG Metall, die ebenfalls dabei ist. Aber auch jenseits davon gab es viele Gespräche – natürlich auch mit den Betriebsräten. Wenn ich nach draußen gehe, äußere ich, wenn unsere Mitarbeiter diese Gespräche vorbereiten, jedes Mal gegenüber der Geschäftsführung, dass es mir recht wäre – ich kann denen ja nichts befehlen; ich kann nur darum bitten, und das demütig –, wenn bei den Gesprächen, die wir führen, die Betriebsräte mit an Bord sind. Das

erfolgt auch in nicht wenigen Fällen – in manchen nicht; das hängt auch immer von der jeweiligen Situation vor Ort ab. Aber es erfolgt.

Das heißt, wir haben das unter Einbeziehung der Arbeitnehmer- wie auch der Arbeitgeberseite bereits vollzogen. Deswegen ist diese Forderung gut gemeint, aber sie ist schon längst umgesetzt.

Ich darf eine Forderung zurückgeben: Sie haben einige Stichworte genannt – die Industrie, die Wirtschaft leistungsfähig machen. Ja, dafür gibt es viele Möglichkeiten. Diese Möglichkeiten hat auch die SPD im Bund; Sie müssen mir gestatten, Ihnen das zu sagen. Da ist die Steuerpolitik, bei der wir seit gefühlt hundert Jahren fordern, sie auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu führen. Da ist etwa das Thema Verlustrücktrag. Derzeit stehen zwei Jahre im Raum. Ja, was hilft mir das für 2019? Ich brauche schon Jahre, in denen ich Gewinne gehabt habe, um diese verrechnen zu können. Und da hätten wir eine hohe Zielgenauigkeit im Hinblick auf die strukturelle Stützung unserer Wirtschaft, weil das vor der Strukturkrise an sich kerngesunde Unternehmen waren.

(Zurufe)

Also, da haben wir viel zu tun.

Im Übrigen: Wir handeln nicht nur auf einzelbetrieblicher Ebene und auf der Ebene der Verbände, wir nutzen unter den gegebenen Bedingungen auch – ich habe es vorhin erwähnt – die Außenwirtschaft. An dieser Stelle sei ein herzlicher Dank an Sandro Kirchner und an Tobias Gotthardt gerichtet – der eine der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, der andere Vorsitzender des Europaausschusses. Wir nehmen heute bereits das Konsularische Korps bei uns im Wirtschaftsministerium mit und versuchen, zumindest die europäische Dimension dieser Herausforderung zu denken.

Manfred Eibl hat die ganzen Bereiche genannt. Ich sage Ihnen nur einen Punkt, bei dem wir als Bayern richtig gut mit dabei sind, wo wir eine richtige Nummer sind. Ich bin

fest davon überzeugt, dass das etwas ist, was uns beide in der Zielsetzung verbindet: Wir sollten schauen, dass wir den Transformationsprozess hinbekommen, damit wir als Ersatz für die Arbeitsplätze, die heute nicht mehr wettbewerbsfähig sind, künftig wieder Arbeitsplätze ins Land bekommen, die wettbewerbsfähig sind.

Nehmen wir nur einmal das Beispiel der additiven Fertigung, wo insbesondere Franken stark ist. Ich sage immer, die Antwort auf die Krise muss sein: neue Produkte, neue Märkte, neue Technologien. Die Technologie der additiven Fertigung wird nicht nur den industriellen Alltag massiv verändern, sie wird das gesamte Leben bei uns verändern. Aldi – oder war es Lidl? – hat letzte Woche ja sogar schon einen 3-D-Drucker auf den Markt gebracht. Man sieht, dass wir da dran sind.

Noch eines – weil Sie das auch angesprochen haben: Fordern Sie vom Bund eine zügige Umsetzung der Konjunkturpaketmaßnahmen. – Mit aus Bayern ist ein ganz entscheidender Beitrag gekommen – ich glaube, das ist die Ziffer 44 in dem Konjunkturpaket –, und zwar das Thema 6G-Technologie. Jetzt werden Sie vielleicht sagen: Mein Gott, nicht einmal bei 5G haben wir einen Lückenschluss hingekriegt. Wir müssen schauen, dass wir da besser werden.

Ja, wir sind in Bezug auf 5G bei ungefähr einem Drittel des Rollouts; zwei Drittel haben wir noch vor uns. Aber wir denken bereits heute an den Nachfolgestandard, von dem Ingenieure – ich bin kein Naturwissenschaftler – zu mir sagen, dass er für die Industrie von fundamentaler Bedeutung sein werde. Im Übrigen ist die additive Fertigung deswegen so wichtig, weil wir mit dieser Technologie im Rahmen des Reshoring Arbeitsplätze von auswärts zurückholen können. Dabei geht es genau um die Leute, die Sie richtigerweise angesprochen haben. Dort, wo wir Arbeitsplätze verlieren, müssen wir wieder welche herkriegern.

Wir sind beim Bundeswirtschaftsminister präsent. Glauben Sie mir: Wenn der Bundeswirtschaftsminister mich sieht, dann sagt er: Ach ja, ich habe wieder einen Brief und einen Anruf von Staatsminister Aiwanger bekommen. – Das scheint im Bereich Wirt-

schaft der Landesminister zu sein, der beim Wirtschaftsminister auf Bundesebene am präsentesten ist.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, das ist die Realität.

Eines am Rande – das sei an dieser Stelle noch einmal gesagt, Frau Stachowitz –: Uns eint wirklich das Ziel, für die Menschen draußen und deren Familien die Arbeitsplätze nach Möglichkeit zu erhalten oder ein anderes Angebot zu bringen.

Wir haben auf Weisung des Ministers eine Transformations-Taskforce auf den Weg gebracht. Die Amtschefin und ich, wir beide sind federführend dafür zuständig. Warum beide? Weil die Dichte der Unternehmen, die wir in diesen Tagen besuchen, so hoch ist; das ist sicherlich nachvollziehbar. Wir machen das bereits seit dem Sommer, seit Juli 2020. Wir versuchen, dort die Instrumente, die wir anbieten können – Investitionszuschüsse, Kredite, Innovationsförderung, Außenwirtschaftsförderung –, zielgenau an die Unternehmen heranzubringen. Wir positionieren uns als umfassender Ansprechpartner für die Unternehmen – auch für die Arbeitnehmergruppierungen! Wir betreiben intensives Krisenmanagement aus erster Hand.

Frau Stachowitz, das funktioniert deswegen – darauf bin ich stolz –, weil wir im Wirtschaftsministerium unter Amtschefin Dr. Jarothe eine Ministerialbürokratie haben, die in der Vorbereitung dieser Geschichten beste Arbeit leistet. Auch das sei an dieser Stelle gesagt. Das heißt nicht, dass das bei den anderen Ressorts nicht so ist; aber ich kann es nur für das Wirtschaftsministerium beurteilen. Die Politik kann nicht viel tun, wenn die Mannschaft nicht passt.

Ich fasse zusammen: Wir haben ein millionenschweres Zukunftsforum, das Transformationsbündnis, bereits auf den Weg gebracht und setzen es unter Einbeziehung der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite partnerschaftlich um. Wir haben Fonds und Förderprogramme für Investitionen und Innovationen ausgebaut oder neu geschaffen.

Was Sie fordern, Frau Stachowitz, ist richtig; wir sind aber längst in der Umsetzung. Deswegen sind wir im Geiste durchaus gemeinsam unterwegs.

Wir setzen uns auch beim Bund für die entsprechenden Konjunkturimpulse ein. Sie haben richtigerweise gesagt, dass der Minister schon Gelder auf den Weg gebracht hat. Weitere Impulse durch das Konjunkturpaket sollten folgen.

Frau Stachowitz, der SPD-Antrag ist gut gemeint. Aber wir haben ihn bereits in der Umsetzung. Deshalb ist er heute obsolet, und wir müssen ihn ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Weigert. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/10272 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Gibt es dementsprechend nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Da wir bis 18 Uhr weitere Anträge nicht mehr werden behandeln können, kommen zum Abschluss nur noch die gemeinsam zu behandelnden Dringlichkeitsanträge der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion zur Beratung.